

KOMMENTAR

SH Nordbank unter Dauerfeuer

Nun muss die Bank in Ruhe sanieren



Matthias Iken

Die SH Nordbank kommt nicht zur Ruhe. Wer gehofft hatte, nach dem Wahlkampf könne sich das Kreditinstitut endlich der Hekulesaufgabe Sanierung widmen, wird nun eines Besseren belehrt. Ein Hamburger Anwalt hat die SH jetzt wegen der 45-Millionen-Dollar-Zahlung an Goldman Sachs verklagt. Langsam wird es lächerlich: Wer die Finanzbranche kennt, weiß, dass ein Rechtsstreit der SH mit Goldman zum Sargnagel für das norddeutsche Institut geworden wäre.

Mehr und mehr drängt sich der Eindruck auf, Wichtigtuer nutzen das SH-Drama für ihre eigene Agenda. Die Opposition kühlt seit Monaten ihr Mütchen und nimmt die ehemaligen Aufsichtsräte unter Beschuss – nicht weil diese die Hauptverantwortlichen sind, sondern weil sie wie Ex-Finanzsenator Peiner (CDU) besser ins Beute-Schema passen. Die Öffentlichkeit erregt und empört sich, und diverse Wirtschaftsprüfer kommen mit Blick auf die Milliardenlöcher zu der sensationellen Erkenntnis, das Risikomanagement habe versagt.

Bei aller notwendigen Analyse der Fehler der Vergangenheit – vor allem benötigt die Bank Ruhe für die Sanierung. Jede neue Sau, die durchs Dorf getrieben wird, gefährdet dieses Ziel und lässt den Kundenstamm weiter erodieren. Die Bank droht in diesem teuflischen Strudel unterzugehen.

Gerade die Bürger Hamburgs und Schleswig-Holsteins aber haben ein elementares Interesse am Erfolg der Sanierung. Die Länder haben nicht nur eine Kapitalspritze von drei Milliarden Euro, sondern auch Garantien über zehn Milliarden Euro übernommen. Da darf die Sanierung gar nicht scheitern. Ole von Beust hat zu Recht die Lust beklagt, „die Bank kaputtzureden“. Man müsse der SH Nordbank die Chance geben, vernünftig zu arbeiten. Der Senat kann übrigens mit gutem Beispiel vorangehen und neue Geschäftsfelder schaffen, indem er ihr die Vermögensverwaltung der Schlick- und Elbefonds überträgt. **Bericht S. 14**

Regierungsbildung in Thüringen

Gegen den Strom geschwommen

Barbara Möller

Die SPD habe nach links geblinkt und sei dann scharf nach rechts abgebogen, hat der thüringische Spitzenkandidat der Linkspartei am Donnerstag böse gesagt. Der Mann hat recht. Schließlich hatte die SPD die Linke in Erfurt geschlagene vier Wochen lang glauben lassen, dass sie bereit sei, eine rot-rot-grüne Regierung zu bilden. Die feine englische Art war das nicht.

Andererseits hat der thüringische SPD-Landesvorsitzende Christoph Matschie am Ende Courage gezeigt: Während im Berliner Willy-Brandt-Haus diejenigen nach der Macht greifen, die schon lange mit der Linkspartei paktieren wollen, entschloss sich der Pfarrersohn aus Mühlhausen, gegen den Strom zu schwimmen.

Mehr noch. Matschie hat seine Genossen vor der Verbrüderung mit der Linken gewarnt. Es sei keine Lösung, die Partei nach der verlorenen Bundestagswahl einfach nach links zu rücken, hat er gesagt. So viel Mut muss man erst mal aufbringen. **Bericht Seite 4**

Ungleiche Bezahlung

Frauen, seid selbstbewusst!

Rolf Zamponi

Wenn es ums Geld geht, steht es in Deutschland um die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen nicht besonders gut. Das ist eine schlechte Nachricht in einem Land, das zu den großen Demokratien der Welt gehört. Selbst Tarife garantieren die Gleichbehandlung nicht. Sie setzen nur eine Grenze nach unten. Nach oben dagegen steht den Firmen die Gehaltsgestaltung frei – und die fällt meist zuungunsten der Frauen aus.

Es kommt also auf die Frauen selbst an. Die Wende können sie nur schaffen, wenn sie mit mehr Selbstbewusstsein auf ihre Stärken aufmerksam machen.

Kein Management verzichtet auf eine Frau, deren Talent die Firma voranbringt. Es wird alles tun, um sie zu halten, einschließlich einer guten Bezahlung. Wichtig ist aber auch, dass Frauen sich häufiger für eine Karriere entscheiden. Es sollte in den Familien kein Tabu sein, diesen Weg zu gehen. Würden Frauen besser verdienen, wären mehr Männer bereit, den Job zu Hause zu übernehmen. **Bericht Seite 27**

Westerwelle erklärt das eigene Programm für verhandelbar

Florian Kain
Berlin

Die FDP hat die Union wenige Tage vor Beginn der Koalitionsverhandlungen zur Kompromissbereitschaft bei den strittigen Fragen aufgerufen. „Das komplette Programm der Union ist verhandelbar und das komplette Programm der FDP ist verhandelbar“, sagte FDP-Chef Guido Westerwelle. Er wies damit auch den Eindruck zurück, von Unionsseite seien bereits bestimmte Punkte als nicht verhandelbar vorgegeben worden. „Mich beeindruckt öffentliches Trommeln überhaupt nicht.“ Für die FDP sei völlig klar,

„dass unser Kompass das liberale Programm ist“, sagte er. Es müsse einen „Neuanfang in der Gesundheitspolitik“ und ein faires Steuersystem geben.

Die Liberalen benannten die neun gewählten Mitglieder ihres Präsidiums für die am Montag beginnenden Koalitionsverhandlungen. Dazu gehören neben Westerwelle seine Stellvertreter Andreas Pinkwart, Rainer Brüderle und Cornelia Pieper, Generalsekretär Dirk Niebel, der Finanzexperte Hermann Otto Solms sowie die Landesvorsitzenden Birgit Homburger (Baden-Württemberg), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

(Bayern) und Philipp Rösler (Niedersachsen). Auch CDU und CSU entsenden jeweils neun Vertreter. Beide Unionsparteien kamen ges-

„Mich beeindruckt öffentliches Trommeln überhaupt nicht.“

FDP-Chef Guido Westerwelle

ralsekretär wie erwartet zum neuen Arbeitsminister in einer schwarz-gelben Regierung avanciert. Immer häufiger fällt der Name Hermann Gröhe. Gröhe ist bereits jetzt in herausgehobener Position als Staatsminister im Kanzleramt bei Angela Merkel im Einsatz. Er kommt für den Posten nicht nur wegen des Vertrauens infrage, das Merkel offensichtlich zu ihm hat. Der frühere Bundesvorsitzende der Jungen Union kennt auch die Partei aus dem Effeff. Und: Er stammt wie Pofalla aus dem einflussreichen CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen. Es gilt als ausgemacht,

dass Nordrhein-Westfalen diese Schlüsselposition in der CDU weiter besetzt halten will. Gröhe ist bislang zwar eher als Mann der leisen Töne bekannt, verfügt aber im Gegensatz zu Pofallas glücklosem Vorgänger Ruprecht Polenz über einigen Rückhalt in der Partei.

Dass er Politik organisieren kann, hat er auch als Justiziar der Unionsfraktion unter Beweis gestellt. Zudem ist Gröhe wie auch Pofalla und Wirtschaftsstaatssekretär Peter Hintze Mitglied des „Leichlinger Kreises“ der Union. Dieser wurde Anfang der Achtzigerjahre von eher liberal orientierten Mitgliedern gegründet, die heute loyal für Merkel arbeiten.

INTERVIEW UNIONSFRAKTIONSVORSITZENDER VOLKER KAUDER VERSPRICHT IM ABENDBLATT:

„Vier Jahre keine Steuererhöhungen“

Der CDU-Politiker will auch Mindestlohn, Kündigungsschutz und Gesundheitsfonds nicht antasten. Er stellt der FDP aber Verhandlungen auf Augenhöhe in Aussicht.

Jochen Gaugele
Barbara Möller
Berlin

HAMBURGER ABENDBLATT: Herr Kauder, von Montag an führen Sie Koalitionsverhandlungen. Wie viele Ministerposten sind drin für die Union in einer gelb-schwarzen Bundesregierung?

VOLKER KAUDER: Das Zentrale in den Koalitionsverhandlungen sind die Inhalte. Über Personen reden wir erst danach.

ABENDBLATT: Die FDP ist stark, die Union schwach wie nie. Angela Merkel wird Kanzlerin von Westerwelles Gnaden sein ...

KAUDER: Die wahre Stärke der Union wird in den Direktmandaten beziehungsweise im Erststimmenergebnis deutlich. Wir haben etwa 39 Prozent der Erststimmen geholt.

ABENDBLATT: Die FDP will mit der Union auf Augenhöhe verhandeln. Größenwahn?

KAUDER: Wir wollen in den nächsten vier Jahren gute und verlässliche Partner sein. Dazu gehört, dass man nicht in einem Über- oder Unterordnungsverhältnis miteinander spricht, sondern auf Augenhöhe.

ABENDBLATT: Was ist mit der Union nicht zu machen?

KAUDER: Wir sollten nicht sagen, was überhaupt nicht geht oder was unbedingt kommen muss. Alles, was die FDP bewegt, nehmen wir auf die Tagesordnung.

ABENDBLATT: Die FDP will den Gesundheitsfonds kippen ...

KAUDER: Ich hoffe sehr, dass wir die FDP in den Verhandlungen von der Güte des Gesundheitsfonds überzeugen können.

ABENDBLATT: Was ist gut an dem Fonds?

KAUDER: Er hat dazu geführt, dass die gesetzlichen Krankenkassen ihre Schulden getilgt haben. Außerdem ist er eine ausgezeichnete Möglichkeit, Wettbewerb im Gesundheitswesen zu organisieren.

ABENDBLATT: Bleibt es auch bei den



Unionsfraktionsvorsitzender Volker Kauder (CDU) will Stammwähler der Union zurückgewinnen – mit Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.

vereinbarten Mindestlöhnen?

KAUDER: Wir haben beim Thema Mindestlohn einen richtigen Weg beschritten, der uns eine giftige Diskussion erspart hat. Ich glaube, dass wir die FDP auch davon überzeugen können.

ABENDBLATT: Was ist mit dem Kündigungsschutz? Nicht nur die Liberalen, auch die großen Wirtschaftsverbände fordern eine Lockerung.

KAUDER: Ich kann nicht erkennen, dass der Kündigungsschutz jetzt ein wichtiges und notwendiges Thema ist. Wir haben eine Menge an Flexibilisierung in den vergangenen Jahren erreicht. Auf dem Arbeitsmarkt stellt sich eine andere Frage: Was können wir tun, damit aus Kurzarbeit nicht Arbeitslosigkeit wird?

ABENDBLATT: Welche Möglichkeit sehen Sie?

KAUDER: Wir sollten eine Verlängerung der befristeten Arbeitsverhältnisse prüfen, damit die Menschen länger in den Firmen bleiben können.

ABENDBLATT: Die Bürger sollen steuerlich entlastet werden – in dieser Frage sind sich die Spitzen von CDU, CSU und FDP grundsätzlich einig. In welchem Umfang werden die Steuern gesenkt?

KAUDER: Wir halten unsere Zusage ein, die sogenannte kalte Progression zu dämpfen. Das bedeutet eine jährliche Steuermindererhöhung von etwa 15 Milliarden Euro. Das lässt sich finanzieren, wenn die

Wirtschaft um mindestens 0,8 Prozent wächst.

ABENDBLATT: In diesem Jahr schrumpft die Wirtschaft um mehr als fünf Prozent ...

KAUDER: Wir wollen Wachstum stimulieren, deswegen streben wir Korrekturen bei der Unternehmenssteuerreform an. Wir müssen auch bei der Erbschaftsteuer noch Veränderungen vornehmen. Betriebe, die aufgrund der Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind, dürfen nicht auch noch mit einer Erbschaftsteuer belegt werden.

ABENDBLATT: Die FDP will zuerst die Familien entlasten.

KAUDER: In unserem Wahlprogramm steht, dass wir den Kinderfreibetrag auf 8004 Euro anheben wollen. Wann dies möglich wird, müssen wir mit Blick auf die finanziellen Spielräume entscheiden.

ABENDBLATT: Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust sieht kaum Spielraum für Steuererhöhungen.

KAUDER: Wir haben vor wenigen Mo-

naten einstimmig unser Regierungsprogramm beschlossen. Da steht drin, dass wir die kalte Progression korrigieren werden. Es gibt diesen Spielraum.

ABENDBLATT: Sie können von Beust nicht verstehen?

KAUDER: Es bleibt bei der Zusage, die wir gemacht haben.

ABENDBLATT: Steuererhöhungen sind ausgeschlossen?

KAUDER: Ja, es wird in den kommenden vier Jahren keine Steuererhöhungen geben.

ABENDBLATT: Die Bürger fürchten eine Koalition der Zumutungen. Gibt es Einschnitte ins soziale Netz?

KAUDER: Nein.

ABENDBLATT: Die Wirtschaftskrise erzwingt keine Einschnitte? Wirtschaftsminister zu Guttenberg hat vor der Wahl düstere Andeutungen gemacht ...

KAUDER: Danach müssen Sie ihn schon selber fragen.

ABENDBLATT: Herr Kauder, geht die Union nach dem schlechtesten Wahlergebnis seit 1949 zur Tagesordnung über?

KAUDER: Es wird eine Wahlanalyse geben.

ABENDBLATT: Der Wahlkampf war ganz auf Kanzlerin Merkel zugeschnitten. Die Frage, wer die Verantwortung für das schwache Abschneiden trägt, dürfte leicht zu beantworten sein ...

KAUDER: Das ist eine abwegige Analyse. Viele Anhänger der Union haben FDP gewählt, weil sie eine Fortsetzung der Großen Koalition verhindern wollten. Diese Wähler müssen wir zurückgewinnen.

ABENDBLATT: Wie können die Stammwähler in Süddeutschland zurückgewonnen werden?

KAUDER: Wir müssen Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes betreiben. In der Familienpolitik gehört dazu die Wahlfreiheit. Es war völlig richtig, dass Frau von der Leyen das Angebot für Ganztagsbetreuung ausgebaut hat. Für mich gehört aber auch dazu, dass wir mit gleichem Respekt den Familien begegnen, die ihre Kinder zu Hause betreuen.

ABENDBLATT: Wie wird sich dieser Respekt ausdrücken?

KAUDER: Die Union will ein Betreuungsgeld für Familien, die ihre Kinder zu Hause erziehen. Die Familienpolitik wird eines der zentralen Politikfelder in der schwarz-gelben Koalition sein.

ABENDBLATT: Kann Angela Merkel gleichzeitig eine gute Bundeskanzlerin und eine gute Parteivorsitzende sein?

KAUDER: Ich halte es geradezu für notwendig, dass das Regierungsteam und der Parteivorsitz beieinander bleiben. Ich sage voraus: In der SPD wird die Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz ausgesprochen schwierig werden.

ABENDBLATT: Ihr Respekt vor der neuen Führungsspitze der SPD hält sich in Grenzen?

KAUDER: Sie ängstigt mich nicht.

ABENDBLATT: Sie bleiben Vorsitzender der Unionsfraktion. Wir hatten den Eindruck, Sie hätten lieber ein Regierungsamt übernommen ...

KAUDER: Da sehen Sie mal, wie man sich täuschen kann.

HAMBURG – 20 Jahre nach dem Mauerfall ist das Saarland am Sonntag, den 3. Oktober Gastgeber der Feiern zum „Tag der Deutschen Einheit“. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundespräsident Horst Köhler stehen an der Spitze der Politprominenz, die sich zum Nationalfeiertag in Saarbrücken angesagt hat. Mit dem Festgottesdienst „Ohne Mauern leben – zwan-

zig Jahre später“ startet am Sonntag um 10 Uhr das offizielle Programm. Wie in den Vorjahren werden sich die Bundesländer auf einer „Ländermeile“ präsentieren. Die Erinnerung an die 20 Jahre zurückliegende friedliche Revolution in der DDR wird die Feiern zum Nationalfeiertag ebenso bestimmen wie der Zustand der inneren Einheit. Nach einer Umfrage, die die

„Bild“-Zeitung veröffentlichte, hält die Mehrheit der Bundesdeutschen die Probleme der Wiedervereinigung auch nach 19 Jahren noch für ungelöst. 63 Prozent von 1016 Befragten in Ost- und Westdeutschland äußerten sich entsprechend. Zugleich gaben aber 89 Prozent an, dass sie die Wiedervereinigung für richtig halten. Laut einer weiteren Erhebung, für die das Institut Resu-

ma 2010 Deutsche befragte, gaben 85 Prozent der Westdeutschen und 81 Prozent der Ostdeutschen an, dass sie sich dem jeweils anderen Teil Deutschlands heute näher fühlen als noch vor zehn Jahren.

Nach wie vor zieht es deutlich mehr Ostdeutsche in den Westen als Westdeutsche in den Osten. Wie das Statistische Bundesamt zum Tag der Deutschen Einheit mitteilte,

verlieren die neuen Bundesländer auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer noch mehr als 50 000 Menschen an das alte Bundesgebiet. Während zuvor stets mehr Frauen als Männer in den Westen wechselten, war das Verhältnis 2008 erstmals ausgeglichen. Insgesamt haben 1,1 Millionen Ostdeutsche seit 1991 die neuen Länder Richtung Westen verlassen. (M.G.)